

Ivo Hernández

Die Verfassungen Venezuelas: Fort- und Rückschritte

Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1811 hatte Venezuela 26 Verfassungen.¹ Davon können jedoch ihrem Inhalt nach lediglich drei als demokratisch bezeichnet werden: die Verfassungen von 1947, 1961 und von 1999. Dies kam nicht von ungefähr: Nach der Loslösung von Großkolumbien (*Gran Colombia*) – einer von Simón Bolívar konzipierten Union von fünf Ländern ohne wirkliche politische oder ökonomische Grundlage – und nach einem grausamen Unabhängigkeitskrieg, der nahezu die Hälfte der Bevölkerung des Landes das Leben gekostet hatte, war Venezuela ein Land ohne funktionsfähige Institutionen. Einige Provinzen der Republik waren nicht einmal über den Landweg miteinander verbunden und das gesamte Land war ein Archipel von vereinzelt Herrschaftsräumen (Pino Iturrieta 1988a). Zudem räumte die Republik als politisches Projekt mit der Mehrheit der Institutionen auf, die es in der Kolonie gegeben hatte, und brauchte lange, um diese zu ersetzen und einigermaßen politisch funktionsfähig zu werden.

Nach dem Auseinanderbrechen Großkolumbiens im Jahr 1830 befand sich Venezuela weitgehend in den Händen von diversen Caudillos, die sich im Präsidentenamt abwechselten und persönlich bereicherten. Wenn sie ihre politische Unterstützung verloren, wurden sie von anderen Caudillos ersetzt, die allesamt keine wirkliche Vorstellung davon hatten, wie das Staatswesen aussehen sollte. Die Gesichter wechselten, aber die Ideen und Motive blieben im Wesentlichen dieselben. Im Allgemeinen geriet der Herrschaftsanspruch dieser Caudillos immer dann in die Krise, wenn sie sich zu lange an der Macht halten wollten, was sie nicht selten auch durch Verfassungsänderungen abzusichern versuchten. Dies führte dann dazu, dass beim nächsten Machtwechsel nicht nur der Caudillo, sondern auch die Verfassung ersetzt wurde.

¹ Die Verfassungen wurden in den folgenden Jahren in Kraft gesetzt: 1811, 1819, 1821, 1830, 1857, 1858, 1864, 1874, 1881, 1891, 1893, 1901, 1904, 1909, 1914, 1922, 1925, 1928, 1929, 1931, 1936, 1945, 1947, 1953, 1961 und 1999 (Brewer Carías 1985).

Angesichts dieser Umstände waren die Verfassungen wenig mehr als ein Versuch, das jeweilige Regime und dessen Herrscher zu legitimieren, wenngleich sie im Laufe der Zeit doch wenigstens ein schwaches Schema von Institutionalität etablierten. Nach heutigem Verständnis konnten diese Texte nicht im Geringsten den Rang eines Gesellschaftsvertrags für sich beanspruchen. Die Macht beruhte de facto eher auf dem Postulat des Gewaltmonopols als auf einer Unterstützung vonseiten der Bevölkerung des Landes.

Man muss sich dabei in Erinnerung rufen, dass während des 19. Jahrhunderts und eines guten Teils des 20. Jahrhunderts die venezolanische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit aus Analphabeten bestand, die kaum über ein auch nur geringfügiges Verständnis von der Notwendigkeit und der Konsequenz von Gesetzestexten verfügten, geschweige denn über eine Vorstellung von Bürger- oder Menschenrechten, wie wir sie heute kennen. Darüber hinaus handelte es sich bei der großen Zahl von Verfassungen keineswegs um jeweils grundlegend neue Entwürfe, sondern mehrheitlich um Ergänzungen oder teilweise Reformen früherer Texte (Brewer Carías 1985).

Die Entwicklung der Verfassungstexte seit dem Beginn der Ersten Republik wurde in vier große Perioden unterteilt:² die Strukturierung des Staates (1811-1863); die Föderalisierung des Staates (1863-1911); die Konsolidierung des Staates (1901-1945) und die Demokratisierung des Staates (1947-1999). Diese letzte Etappe erfuhr eine Unterbrechung von knapp zehn Jahren (1948-1958), in der sich ein autoritäres Militärregime etablierte, das 1953 eine eigene Verfassung erließ, um sich zu legitimieren und langfristig an der Macht zu halten, was ihm aber nicht gelang.

Die skizzierte Unterteilung ist jedoch vor allem für das 20. Jahrhundert insofern fragwürdig, als die sogenannte Periode der staatlichen Konsolidierung (1901-1945) zwar in der Tat dazu diente, das Land geographisch zu einen und ein nationales Heer hervorzubringen (Caballero 1998), die Verfassungen und Verfassungsreformen dieser Zeit jedoch in der Mehrheit dazu gedacht waren, die nötigen Anpassungen für die Alleinherrschaft eines Tyrannen zu gewährleisten, der das Land länger als jeder andere beherrschen

2 Es gibt verschiedene Versuche, die Verfassungsgeschichte Venezuelas zu interpretieren. Neben der Arbeit von Brewer Carías (San Cristóbal/Madrid, 1985) werden folgende Studien häufig zitiert: *La Historia Constitucional* von Gil-Fortoul (3 Bde., Caracas, 1953); *La Evolución Constitucional de Nuestra República* von Ambrosio Oropeza (Caracas, 1944); *La Historia Política y Constitucional de Venezuela* von Pablo Ruggieri Parra (2 Bde., Caracas, 1949); *El Índice Constitucional de Venezuela* von Ulises Pichón Rivas (Caracas, 1944) und *Las Constituciones de Venezuela* von Luis Marinas Otero (Madrid, 1965).

sollte: Juan Vicente Gomez (1908-1935). Andererseits war Venezuela zum Zeitpunkt des zivilmilitärischen Putsches und der Einsetzung einer Regierungsjunta im Jahre 1945 ein Land, das bereits stark vom Erdöl geprägt war. Damals schon begann die Konfrontation mit dem bis heute ungelösten Dilemma der Verteilung der Öllrente durch einen "Entwicklungspopulismus" (Hernández/Hurtado 2010). Diese Verteilung beeinflusste die Konzeption der staatlichen Institutionen und deren Zweck. Aus einer historischen Perspektive könnte man somit sagen, dass die "Konsolidierung" des Staates nicht linear verlief, sondern in komprimierten Schüben.

Die letzte Periode, die sogenannte "Demokratisierung" des Staates, die für eine zunehmende Herausbildung des liberal-demokratischen Modells verantwortlich war, enthält ihrerseits drei verschiedene Konzepte und institutionelle Architekturen (Carrera Damas 1988), die in den drei bereits erwähnten Verfassungsprojekten jeweils ihren Niederschlag fanden (1947, 1961, 1999). Die erste systemische Formulierung, die den liberal-demokratischen Staat am Modell des Wohlfahrtsstaates orientierte, entwickelte sich zwischen 1945 und 1947 und fand ihren Niederschlag in der Verfassung von 1947. Der zweite Ansatz, der eine noch breitere Repräsentativität der Institutionen förderte und für weite Teile der Bevölkerung die demokratischen Werte absicherte, nahm zwischen 1958 und 1961 Gestalt an. Der zentrale Gedanke dieses Verfassungstextes bestand darin, die gesellschaftlichen Kräfte miteinander zu versöhnen und so um jeden Preis eine erneute autoritäre Herrschaft zu vermeiden, wie sie in der Geschichte Venezuelas und ganz Lateinamerikas so oft vorgekommen ist. Der Gedanke, der zu Beginn der 1960er Jahre verfestigt wurde, basierte auf programmatischen Aspekten, die schon in der Verfassung von 1947 enthalten waren, und brachte einen Text hervor, der die wirtschaftlichen und sozialen Rechte vertiefte, jedoch in Bezug auf die Gewaltenteilung gegenüber dem vorausgegangenen Modell einen leichten Rückschritt darstellte.

Ein drittes Konzept des Institutionengefüges und des Staatsgedankens findet sich in der Verfassung von 1999. Die Entstehungsgeschichte dieses Textes geht auf die ersten Überlegungen der Kommission zur Reform des Staates (*Comision Presidencial para la Reforma del Estado*; COPRE) zurück, die 1985 als Reaktion auf die Wirtschaftskrise einberufen wurde, die das Land seit Beginn des Jahrzehnts bedrohte. Die Empfehlungen dieser Kommission wurden später diskutiert und als Notwendigkeiten der sozialen Repräsentation und Partizipation präsentiert, vor allem im Hinblick auf die mangelnde Flexibilität des damaligen Staatsmodells, das unfähig war, neue

Sektoren und Interessen in den politischen Entscheidungsprozess zu integrieren. Damals wurde argumentiert – angesichts späterer Entwicklungen mit einer gewissen Naivität –, dass die Parteien die politische Partizipation monopolisierten und sich dabei nicht an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger orientierten, sondern an den Bedürfnissen parteipolitischer Eliten.

Im normativen Schema dieser Verfassung wurden die Bürgerrechte und die politische Beteiligung von Minderheiten erweitert, die zuvor nicht in dieser spezifischen Form im Staatsmodell berücksichtigt worden waren; ferner wurden Rechte der politischen Partizipation und Evaluierung der Regierungstätigkeit durch Referenden garantiert, wodurch dem Modell der repräsentativen Demokratie Elemente der direkten Demokratie hinzugefügt wurden. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang u.a. die Bürger ermächtigt, von sich aus Gesetzesvorschläge einzubringen.

Dieses institutionelle Modell, das als “partizipative Demokratie” bezeichnet und als “neues” Demokratiemodell ausgegeben wurde, ist nichts weiter als die Aufnahme einiger Elemente der direkten Demokratie in die Verfassung und eine Annäherung an die Mechanismen der repräsentativen Demokratie, wie sie in der Volksversammlung und den Gemeinderäten praktiziert wird. Das alles soll dazu dienen, die Räume für eine effektive politische Partizipation der Bevölkerung zu erweitern. Allerdings vollzog dasselbe Regime, das das Banner der Partizipation schwenkte, sehr schnell einen Wechsel, demzufolge sich das Land nicht nur in Richtung einer partizipativen Demokratie, sondern hin zum Sozialismus bewegen sollte. Dieses Regime, das euphemistisch als “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” bezeichnet wird, weist die schlimmsten Elemente der Vergangenheit auf, einschließlich der vordemokratischen Epoche: exzessive Zentralisierung, Eliminierung der bundesstaatlichen Kompetenzen, Zunahme staatlicher Interventionen in allen sozialen und ökonomischen Bereichen, Verstaatlichung von Betrieben, Einschränkung der Autonomie der Zentralbank, etc.

1. Der Präsidialismus und die Entwicklung der Demokratie

Um die soziopolitischen Veränderungen, die in den verschiedenen Verfassungen festgelegt sind, zu verstehen, muss berücksichtigt werden, dass der plötzliche Erdölreichtum zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Staat und die Gesellschaft sehr schnell veränderte und die funktionale Beziehung zwischen beiden auf Dauer aus dem Gleichgewicht brachte. Man könnte sagen, dass das Erdöl eine schnelle und oberflächliche Entwicklung der Demokratie in Venezuela vor allem auf institutioneller Ebene beförderte. Die Aussicht

auf die Verteilung der Ölrente durch die jeweils im Amt befindliche Regierung trug dazu bei, dass das demokratische System rasch Wurzeln schlagen konnte. Trotz einiger Rückschläge war das Land dabei nie ernsthaft mit der Notwendigkeit konfrontiert, alternative Produktionsformen zur Erdölabhängigkeit herauszubilden.

Besonders zu Beginn bot die Demokratie die Chance, die Güter der Nation transparenter und gerechter zu verteilen, als dies im Despotismus der autoritären Regime möglich gewesen war. Zu Beginn der Erdölförderung waren die Dividenden im Verhältnis zu der vergleichsweise niedrigen Bevölkerungszahl enorm. Sie ermöglichten ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und boten einen relativ leichten Zugang zu staatlichen Vergünstigungen. Die Diktaturen, die es in Venezuela im 20. Jahrhundert gab, brachten keine andersartigen Wirtschaftsmodelle hervor, was die Abhängigkeit von der Erdölförderung anging. Sie waren weit davon entfernt, eine Politik zu betreiben, die der Mehrheit der Bevölkerung zugutegekommen wäre. Vielmehr degenerierten sie schnell zu korporatistischen Regimen mit Klientelnetzen, die letztendlich nur den ihnen nahe stehenden Sektoren nützten. Ähnlich wie die Caudillos der Vergangenheit versuchten die Militärs, sich durch Verfassungsmanipulationen an der Macht zu halten, die den Anschein einer legitimen Zustimmung durch die Bevölkerung erhalten sollten. Die Geschichte ließ diese Regime zunächst Vergangenheit werden, das Gespenst des militärischen Autoritarismus sollte jedoch später zurückkehren.

Trotz institutioneller Änderungen und neuer Politikformen, die die Demokratie hervorbrachte (Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Unternehmerverbände), blieb ein Problem bestehen, das für eine Rentenökonomie typisch ist: Dadurch, dass der Staat das Verwaltungsmonopol des Erdölreichtums besaß und es zugleich nur eine schwache demokratische politische Kultur gab, die Staat und Regierung einander gleichsetzte, konzentrierte die zentrale Macht des Landes alle politische Macht, alle Entscheidungsgewalt und letztendlich alle politischen Ambitionen auf sich.

Gegenüber dem klassischen Präsidentialismus, bei dem dem (Wahl-)Sieger die gesamte Beute zufällt (Linz/Valenzuela 1994), stellt der lateinamerikanische Präsidentialismus in Verbindung mit einer Rentenökonomie noch eine Steigerung dar. Der Gewinner kontrolliert die gesamten Ressourcen des Staates; er gewinnt nicht nur alles, sondern in wirtschaftlicher Hinsicht *ist* er praktisch alles. Nichts kann ohne seine Zustimmung und Billigung und oft genug auch nicht ohne seine Teilnahme geschehen, denn seine Ressourcen sind enorm. Die Gesellschaft hängt ganz und gar vom Staat und von der

Regierung ab und nicht umgekehrt, wie es normalerweise der Fall ist. Zu dieser strukturellen Dysfunktionalität und dem Wettbewerb um eine beinahe absolute Macht und Hegemonie kommt das Problem hinzu, dass die zivil-militärischen Beziehungen praktisch seit Beginn der Unabhängigkeit ein komplexes und von Instabilität gekennzeichnetes Kapitel waren. Dies trifft mit Sicherheit für das 19. und 20. Jahrhundert zu und erklärt, dass von Zeit zu Zeit ein "Erleuchteter" in Uniform auftaucht, der zur Lösung aller Probleme einen simplen Voluntarismus anbietet, der dann angesichts der komplexen Realität zum Scheitern verurteilt ist.

In einem soziopolitischen Panorama des Rückschritts und der Unterdrückung, als die von Marcos Pérez Jiménez angeführte letzte Militärdiktatur des 20. Jahrhunderts gestürzt wurde, entwarf eine Verfassungsgebende Versammlung den 1961 verabschiedeten Text. Abgesehen davon, dass sie für Venezuela einen ausgesprochen demokratischen Entwurf präsentierte, ist diese Verfassung länger in Kraft gewesen als jede andere zuvor: fast vier Jahrzehnte. Sicher enthielt sie organische Defekte (s.u.), gleichwohl aber schrieb dieses Dokument die fortschrittlichen Bestimmungen und Bürgerrechte fort, die schon in der Verfassung von 1947, der ersten wirklich demokratischen Verfassung in der Geschichte des Landes, enthalten waren.

Die Defekte und funktionalen Abnutzungserscheinungen der Verfassung von 1961 machten sich bemerkbar, als das in ihr festgeschriebene zentralistische Rentenmodell der staatlich gesteuerten Entwicklung Mitte der 1980er Jahre in die Krise geriet. Zu diesem Niedergang trug auch die schlechte Amtsführung verschiedener Präsidenten bei, die sich ihre Popularität mithilfe staatlicher Geschenke erkaufte hatten. Das gesamte Schema basierte einzig und allein auf den Erdöleinnahmen. Der Staat war der Besitzer von Hotels und Telefongesellschaften, von Seilbahnen und Banken. Er war der größte Arbeitgeber des Landes – und Arbeitsplatzbeschaffung war schon immer eine bewährte Methode des Stimmenfangs. Das andauernde Wachstum der Staatsausgaben stellte kein Problem dar, solange es von den wachsenden Erdöleinnahmen gedeckt wurde. Das Beschäftigungsmonopol des Staates häufte jedoch enorme Personalkosten an, die irgendwann nicht mehr tragbar waren. Mit der Zeit akkumulierte sich ein Schuldenberg, und als die Zinsen für internationale Anleihen und Schulden variierten, bereitete dies dem Staat in seiner Rolle als einzigem Entwicklungsagenten ein Ende.

Als ganz Lateinamerika im Laufe der 1980er Jahre die Zahlungsbedingungen für seine Schulden neu verhandelte, konnte sich Venezuela zunächst noch durch seine internationalen Reserven über die Runden retten. Aber zum

Ende des Jahrzehnts hatte sich das Rentenmodell erschöpft. Bedauerlich war dabei, dass die Symptome seit der Abwertung 1983, als die über 20 Jahre andauernde Währungsparität aufgegeben wurde, klar erkennbar waren und hätten behandelt werden können. Obwohl eine präsidentielle Kommission eingerichtet worden war, die den Reformbedarf der Demokratie diagnostizieren und eine Verfassungsreform auf den Weg bringen sollte, um sich den Bedürfnissen der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren anzupassen, geschah in institutioneller Hinsicht nichts, um das soziopolitische Panorama zu verändern, sieht man einmal von der Wahlrechtsreform von 1988 ab, die zum ersten Mal eine wirkliche Dezentralisierung auf den Weg brachte. Hinzu kam, dass, obwohl die Verfassung von 1961 für die Exekutive starke parlamentarische Kontrollen vorgesehen hatte, die fortschreitende Dekadenz des Parteiensystems und klientelistische Praktiken einiger politischer Akteure zu einer Aufwertung der Figur des Präsidenten führten, was sich in einer außerordentlich niedrigen parlamentarischen Produktion und einer periodisch wiederkehrenden Delegation parlamentarischer Rechte auf den Präsidenten niederschlug.³

1998 wurde in Erfüllung eines Wahlversprechens des frisch gewählten Präsidenten eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen, die eine neue Verfassung entwerfen sollte, um die von 1961 zu ersetzen. Der Text war im Dezember 1999 nach nur sechsmonatiger Arbeit fertig und wurde vom Präsidenten öffentlich als die "beste Verfassung der Welt" bezeichnet. Die derart gelobte Verfassung war jedoch nicht lange in Kraft: Venezuela kehrte zu seinem alten Rhythmus zurück, alle zehn Jahre eine neue Verfassung zu erlassen oder die geltende zu reformieren – dies mit dem Ziel, sie den Bedürfnissen der jeweiligen Regierung anzupassen und nicht den tatsächlichen Bedürfnissen des Staates und der Gesellschaft. Knapp sieben Jahre nach der Verabschiedung des Textes reichte der Präsident in der Nationalversammlung eigenhändig ein Paket zur Reform von 33 Artikeln der

3 Die Partei *Acción Democrática* (AD) hatte zur selben Zeit, als ein Mitglied dieser Partei Präsident des Landes war, im Parlament zweimal die absolute Mehrheit (1974-1978; 1984-1988) und einmal sogar die absolute Mehrheit in beiden Kammern (1984-1988) inne. Darüber hinaus ernannte der Präsident alle Gouverneure der Bundesstaaten. In diesen Konstellationen wurden Ermächtigungsgesetze erlassen, die dem Präsidenten die Möglichkeit eröffneten, in Wirtschaftsfragen gewissermaßen "mit der Geschwindigkeit der Feder" Dekrete zu erlassen. Es war außerordentlich fragwürdig, der Exekutive solche Vollmachten zu erteilen, denn es gab keine Anzeichen für einen nationalen Notstand, wie dies in der Verfassung vorgesehen war. Dies gilt z.B. für die erste Amtszeit von Carlos Andrés Pérez (1974-1978) und die Amtszeit von Jaime Lusinchi (1984-1988).

Verfassung von 1999 ein, darunter so weitreichende Modifikationen wie die Veränderung des Staatskonzeptes und die Transformation einer sozialen Demokratie in einen sozialistischen Staat.

2. Ein nie da gewesener Fortschritt: die Verfassung von 1947

Wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten kam es auch in Venezuela zu einer massiven Binnenwanderung. Die Menschen verließen die ländlichen Regionen und wanderten auf der Suche nach einem besseren Leben sowie nach Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem in die Städte. So zählte Caracas 1926 126.000 Einwohner, 1946 war diese Zahl um das Fünffache angestiegen. Angesichts des plötzlichen Erdölreichtums, der Ende der 1920er Jahre einsetzte, kam es zu einem raschen Bevölkerungswachstum. Die städtische Bevölkerung wuchs besonders schnell. Der Erdölboom brachte eine stärkere Industrialisierung und eine Zunahme der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen mit sich, die wiederum einen Bedarf nach besser ausgebildeten Arbeitskräften nach sich zog. Der "Magnetismus" der Städte machte sie zu Zentren des Konsums und der Produktion. Analog zum wachsenden Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung veränderten sich auch deren Bedürfnisse. Die politische Entwicklung sollte diese Situation bald reflektieren.

Die zivilmilitärische Junta, die am 18.10.1945 einen Staatsstreich inszeniert hatte, erließ im März 1946 ein Statut für die Wahl der Abgeordneten einer nationalen Verfassungsgebenden Versammlung. Erklärtes Ziel war es, einen Verfassungstext zu formulieren, der dem Wunsch nach Gleichheit und soziopolitischer Partizipation gerecht werden und die gesamte Bevölkerung an den Wohltaten des Staates beteiligen sollte. Die Verfassung von 1947, die ein Jahr nach Einberufung dieser Versammlung verabschiedet wurde, war der erste Text, der Venezuela normativ und real als Demokratie definierte, und stattete die Bevölkerung mit Rechten aus, die zur damaligen Zeit nicht einmal in entwickelten Ländern existierten. Visionäre aus verschiedenen Bereichen fanden sich zusammen, um diesen Text zu verfassen. In ihm wurde das universelle und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen über 18 Jahre garantiert, das Staatsterritorium in Bundesstaaten und föderale Territorien untergliedert und eine Anzahl von sozialen und wirtschaftlichen Rechten des Individuums gegenüber dem Staat festgeschrieben. Dies waren angesichts der Geschichte und der Tradition des Landes bis zu diesem Zeitpunkt geradezu revolutionäre Fortschritte.

Obwohl die Verfassung bald durch eine Militärjunta, die den gewählten Präsidenten Rómulo Gallegos stürzte, außer Kraft gesetzt wurde, lag ihre Bedeutung in der Konstruktion staatsbürgerlicher und ökonomischer Rechte, die Grundlage der Verfassungen von 1961 und 1999 bleiben sollten. Diese erste wirklich demokratische Verfassung des Landes im modernen Sinne verlieh Institutionen Verfassungsrang, die bis heute die moderne demokratische Praxis beeinflussen, z.B. die Generalstaatsanwaltschaft, Generalanwaltschaft und den Rechnungshof (Kapitel IV und VII der Verfassung von 1947). All diese Institutionen blieben in den nachfolgenden Verfassungen erhalten, nachdem es 1958 gelungen war, die Demokratie erneut in Venezuela zu verankern. Sie blieben dabei nicht nur intakt, sondern inkorporierten auch neue Perspektiven wie z.B. Inhalte internationaler Verträge, die das Land unterzeichnete, so etwa in den Bestimmungen über die Bürgerrechte (Titel III, Kap. II, III, IV).

Die Verfassung von 1947 war zudem die erste Verfassung in der Geschichte Venezuelas, deren institutionelles Konzept ein Gleichgewicht zwischen den staatlichen Gewalten herstellte, indem sie der Legislative und der Judikative die Fähigkeit verlieh, Initiativen der Exekutive zu bremsen beziehungsweise zu blockieren. Die parlamentarische Kontrolle der Exekutive erfuhr zum ersten Mal eine tatsächliche und funktionale Anwendung, was bei den früheren Staatsentwürfen undenkbar gewesen wäre. Zugleich wurde erstmals im Parlament eine proportionale Repräsentation von Minderheiten garantiert, was die Formulierung inklusiver Politikprojekte förderte und im Einklang mit der Diversität des Landes stand. Die Wirklichkeit jedoch zeigte, dass das Land auf eine solche Vielzahl an gleichzeitigen normativen Veränderungen der Bürgerrechte, Menschenrechte und politischen Rechte in so kurzer Zeit nicht vorbereitet war. Der Verfassungstext war sozusagen "tot geboren", da niemand in Venezuela sich erhob, um ihn zu verteidigen, als die Militärs ihn im Jahre 1948 de facto außer Kraft setzten.

3. Der Elitenpakt: die Verfassung von 1961

Die 1961 nach einer Unterbrechung der demokratischen Entwicklung von zehn Jahren (1948-1958) verabschiedete Verfassung ist diejenige, die am längsten Gültigkeit hatte und erst mit der Inkraftsetzung der neuen Verfassung von 1999 ihr Ende fand. Sie ist zugleich die erste Verfassung in der Geschichte des Landes, die einen Sozialpakt darstellte. Gemäß ihrer Präambel wurde sie geschaffen, "um die Einheit zu stärken". In ihr wird Venezuela von Anfang an als "Bundesstaat" bezeichnet (Art. 2), was jedoch erst nach

1989 in einem begrenztem Umfang verwirklicht wurde. Das Konzept des Föderalismus war zudem durch den Text der Verfassung insofern selbst stark abgeschwächt, als die sogenannten Bundesstaaten nicht in der Lage waren, eigene Steuern zu erheben. Sie verfügten zwar über regionale Legislativen mit direkt gewählten Abgeordneten und einer proportionalen Repräsentation von Minderheiten, die Aufgabe dieser regionalen Abgeordneten war jedoch lediglich "die Evaluierung und Kontrolle einer jedweden staatlichen Verwaltungsmaßnahme" (Art. 19).

Der Verfassungstext enthält 252 Artikel, die in zwölf Sektionen unterteilt sind: I. Über die Republik, ihr Territorium und ihre politische Gliederung; II. Über die Staatsangehörigkeit; III. Über die Pflichten, Rechte und Garantien; IV. Über die öffentliche Gewalt; V. Über die nationale legislative Gewalt; VI. Über die nationale exekutive Gewalt; VII. Über die judikative Gewalt und das Justizministerium; VIII. Über die Staatsfinanzen; IX. Über den Notstand; X. Über Änderungen und Reformen der Verfassung; XI. Über die Unverletzlichkeit der Verfassung; XII. Abschließende Bestimmungen.

Der Staatsentwurf lehnte sich stark an die Verfassung von 1947 an: Eine Legislative mit zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder mit proportionalem Wahlrecht gewählt werden, und dem Senat mit je zwei Senatoren pro Bundesstaat; eine Exekutive mit einem direkt gewählten Präsidenten und den Ämtern des Generalstaatsanwalts, Generalanwalts und des Rechnungshofes zur Kontrolle des Umgangs mit den Staatsfinanzen. Die Verfassung nahm unmittelbaren Bezug auf die fortschrittlichsten Menschenrechte; sie garantierte das Eigentum, die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit, das Recht auf einen angemessenen Prozess, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Gesundheit, Erziehung, Wohnraum etc.

Was die Kontrolle und das Gleichgewicht zwischen den drei Gewalten anging, folgte der Text den Vorgaben der Verfassung von 1947, indem sie der Legislative wichtige Rechte zusprach, um Entscheidungen und Befugnisse der Exekutive zu kontrollieren. So verfügte die Legislative über ein Vetorecht über Gesetzesinitiativen der Exekutive und konnte unter anderem auch die Auslandsreisen des Präsidenten einschränken.⁴ Die Exekutive fungierte

4 Sie enthielt auch die Bestimmung, dass die Legislative Mitglieder des Kabinetts sanktionieren oder sogar entlassen konnte, wenn sie es für notwendig erachtete. Für das Erstere reichte eine einfache Mehrheit im Abgeordnetenhaus, für eine Entlassung bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit. Dies kam nur einmal vor, und zwar während der zweiten Präsidentschaft von Rafael Caldera (1994-1998), als Gesundheitsminister Carlos Walter abgewählt wurde.

als Verwalter des Staatseigentums, aber jede wesentliche Veränderung oder der Verkauf von Staatseigentum musste durch ein Gesetz von allen drei Gewalten akzeptiert werden. Dies erwies sich als notwendig, als in den 1980er und 1990er Jahren eine Reihe von Staatsunternehmen privatisiert wurde.

Das Wirtschaftsmodell, das in dieser Verfassung vorgesehen war, unterschied sich nicht wesentlich von den vorausgegangenen. Es betrachtete den Staat als zentralen Akteur im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung (Art. 95) und ging davon aus, dass er in der Lage sei, mithilfe des Ölreichtums die Diversifizierung der Produktion zu fördern. Dies wies dem privaten Sektor die Rolle eines Satelliten des öffentlichen Sektors zu, der immer der größte Exporteur und auch der größte Arbeitgeber blieb. Der private Sektor begnügte sich damit, dem öffentlichen Sektor zuzuarbeiten und hat nie eine Unabhängigkeit von diesem erlangt. Dadurch, dass der Unterschied zwischen Staat und Regierung von einer Bevölkerung, die gerade ihre ersten Gehversuche in der Demokratie machte, nicht wirklich verstanden wurde, konnten die politischen Parteien spezielle Beziehungen zu den Akteuren im privaten Sektor pflegen, was sich auf lange Sicht für beide als nachteilig herausstellte. In diesem Sinne verbreitete die Verfassung die Vorstellung von einem Wohlfahrtsstaat als paternalistischem Interventionsstaat – oder um es noch deutlicher zu sagen, als philanthropischem Oger (Paz 1979).

Parallel zur ökonomischen Krise, auf die das Rentenmodell zusteuerte, gab es auch einen politischen Wendepunkt. Dieser bestand in der Versteinigung des Parteiensystems beziehungsweise in seiner Verwandlung in Agenten mächtiger Gruppen, die ihre eigentliche vermittelnde und schöpferische Funktion im politischen System vergessen hatten. So blieben auch die Bundesstaaten und der Entwurf eines föderalistischen Staates, den die Verfassung ursprünglich vorgesehen hatte, ohne größere Bedeutung (Brewer Carias 1999). Darüber hinaus hielten sich die großen Parteien durch Pakte an der Macht, die es ihnen erlaubten, die anderen Staatsgewalten zu kontrollieren. Die Absprachen zwischen den beiden großen Parteien, die 1973 begannen und bis 1988 andauerten, gewährleisteten z.B., dass die Richter des Obersten Gerichtshofes, die mehrheitlich von der Legislative gewählt wurden, aus ihrer Mitte stammten. Dies schränkte die Möglichkeit der effektiven politischen Beteiligung jener Akteure, die nicht zu einer der Machtgruppen gehörten, stark ein.

4. Die Reform, die niemals stattfand: 1983-1995

Mit der Krise des Rentenmodells und des zentralisierten Staates kam es 1983 zur ersten Abwertung der Landeswährung nach knapp zwei Jahrzehnten. Der Kurs fiel von 4,3 Bolívares auf 7,5 Bolívares pro Dollar. Der Vorgang selbst kam für den Großteil der Bevölkerung überraschend, nicht so jedoch für die der Regierung nahestehenden Kreise. Sie wandelten ihre Gelder rechtzeitig in Dollar um und erzielten damit immense Gewinne. Angesichts der zunehmenden Gier der Parteien, sich Machtvorteile anzueignen, begann das politische Modell, das ursprünglich auf einer Konzertation der politischen Kräfte und einer Zusammenarbeit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten basierte, Ermüdungserscheinungen zu zeigen. Dies vor allem im Hinblick auf die veränderten Umstände und die gesellschaftlichen Ansprüche auf Beteiligung an den politischen Entscheidungen. Wachsende Teile der Bevölkerung kritisierten die Fortdauer des Paktes, der von den gleichen Gruppierungen geschlossen worden war, die die Verfassung von 1961 entworfen hatten. Nach mehreren parlamentarischen Initiativen wurde 1985 die "Präsidentielle Kommission zur Reform des Staates" (span. Abkürzung: COPRE) gegründet, die versuchte, das Problem der Transformation des Staatsapparates anzugehen und zugleich den politischen Willen für einen normativen Wandel im institutionellen Entwurf zu generieren. Als Resultat der Arbeit dieser Kommission wurden verschiedene Berichte mit wichtigen Schlussfolgerungen präsentiert. Mit tatsächlichen Änderungen kam man aber kaum voran, da die politischen Parteien wenig geneigt waren, einen Wandel einzuleiten. In ihrer Kurzsichtigkeit und Entfremdung von der sozialen Realität des Landes ignorierten die großen Parteien die Empfehlungen der Kommission für strukturelle Reformen.

1989, als Konsequenz der sozialen Explosion, die manche später als "Caracazo" bezeichneten, wurden mit größerem Nachdruck die Überlegungen wieder aufgegriffen, wie man das Staatsmodell, das in der Verfassung von 1961 begründet wurde, reformieren könne, um "Freiheit und soziale Gerechtigkeit kompatibel zu machen" (COPRE 1991: 9). Wie wir zuvor gesehen haben, war die Verfassung von 1961, die auf der Basis eines Versöhnungspaktes zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften entstanden war, in einen Konflikt mit der Realität geraten, der eine Neuausrichtung der institutionellen Ausgestaltung des Staates notwendig machte. Es war offenkundig, dass neue politische und gesellschaftliche Gruppen, die mit dem Fortschritt und der Vertiefung der Demokratie entstanden waren, wenige Entwicklungs- und politische Einflussmöglichkeiten hatten. Der Verfas-

sungstext entsprach der gesellschaftlichen Realität der 1960er und 1970er Jahre, konnte jedoch den Bedürfnissen der 1990er Jahre nicht länger gerecht werden. Zugleich setzte die COPRE ihre Arbeit fort. Sie veröffentlichte verschiedene wichtige Texte, darunter das "Projekt des Sozialstaats und des demokratischen Rechtsstaats" (1991), in dem eine Diagnose der Schwächen und Stärken der Verfassung von 1961 vorgelegt wurde. Darüber hinaus stellte sie in den Jahren 1986 und 1987 eine Reihe von Überlegungen über die Notwendigkeit einer effektiven Dezentralisierung des Landes an, die sich kurz danach in einer Wahlrechtsreform niederschlugen, in der 1988 die Direktwahl der Gouverneure, Bürgermeister und Gemeindevorstände festgelegt wurde. Diese Reform wurde bezeichnet als "ein starker Anreiz zur Beschleunigung der Dezentralisierungsstrategie, die dringend benötigt wird, um die Demokratie zu vertiefen und die politische Partizipation zu erweitern" (Carrera Damas 1988: XIII). Einige der Schlussfolgerungen der Kommission, die zwischen 1985 und 1995 vorgelegt wurden, bildeten die Grundlage für die Diskussionen in der Verfassungsgebenden Versammlung von 1999. Es fragt sich, ob die venezolanische Demokratie die traumatischen Transformationen, die sie später erfuhr, hätte vermeiden können, wenn man die Empfehlungen der Kommission, insbesondere die für einen neuen Zuschnitt des Parteiensystems, befolgt hätte.

5. Von der venezolanischen Republik zur "Bolivarischen" Republik Venezuela. Die Verfassung von 1999

Die Verfassung von 1961 wurde nicht aufgegeben, ohne dass intensive Diskussionen vorausgegangen wären. Bereits nach den Putschversuchen 1992 (04.02.1992; 27.11.1992) hatte sich im Kongress eine von beiden Kammern beschickte Kommission zur Revision des Textes gebildet, die vor allem die Frage diskutierte, ob der Verfassungstext reformiert werden oder aber eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden sollte mit dem Ziel, eine völlig neue Verfassung zu entwerfen. Letzteres war in der Verfassung von 1961 nur unter der fragwürdigen Figur der "allgemeinen Reform" (Art. 246) vorgesehen. Am 24. August 1998 übermittelte der Präsident der Akademie für Politische Wissenschaft, Allan Brewer Carías, dem gewählten, aber noch nicht im Amt befindlichen Präsidenten einen Vorschlag zur Abhaltung eines Referendums zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Es wurde festgelegt, dass die Volksbefragung 60 Tage nach ihrer Ausschreibung stattfinden solle (Álvarez 1998). In der Verfassung von 1961 war die Idee einer solchen Versammlung nicht enthalten, sie wurde jedoch

durch einen Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs ermöglicht, der festlegte, dass das Volk seine eigene Instanz zur Revision der Verfassung schaffen könne (Brewer Carías 1999). Zuvor war eine Verfassungsgebende Versammlung lediglich für den Fall eines Bruchs der verfassungsmäßigen Kontinuität vorgesehen, „als Folge eines Staatsstreichs, einer Revolution, oder eines Krieges“ (Brewer Carías 1999: 35).

Man kann sich daher fragen, ob die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die aus dem politischen Druck des historischen Augenblicks entstand, nicht selbst einem „Staatsstreich“ gleichkam (Álvarez 1998; Brewer Carías 1999). Sicher ist jedoch, dass sie, nachdem sie einberufen worden war, einseitig und faktisch als selbsterklärte „originäre“ Gewalt alle anderen im Juli 1999 aktiven Gewalten intervenierte. Diese Versammlung, die sich in ihrer überwältigenden Mehrheit aus den Anhängern des gerade gewählten Präsidenten zusammensetzte, brauchte lediglich fünf Monate, um ein Dokument zu produzieren, das dann in einem Referendum ratifiziert wurde. Mit dem Versprechen auf neue Zeiten wurde auf diesem Wege die 26. Verfassung in der Geschichte Venezuelas verabschiedet.

Mit ihren 351 Artikeln stellte die Verfassung von 1999 die längste in der Geschichte des Landes dar. Im lateinamerikanischen Vergleich liegt sie hinter Mexiko und Brasilien auf Platz drei. Unter Politikwissenschaftlern herrschte daher die Meinung vor, dass sie wegen ihrer außerordentlichen Länge und ihrer Neigung, vieles in großem Detail zu regeln, relativ schnell an Bedeutung verlieren würde.

In ihrer Struktur kann man zwei wichtige Teile unterscheiden: Der erste Teil, von Art. 19 bis 130, widmet sich den Bürgern, den Bürgerrechten sowie den politischen Rechten. Der zweite Teil definiert den Rang, die Hierarchie und die Funktion der öffentlichen Gewalten (Art. 136-339). Die restlichen Artikel enthalten grundlegende Normen, Ausführungen zur Verfassungsreform und einen polemischen Artikel, der den zivilen Ungehorsam regelt, was ohne historische Vorläufer ist und keinerlei praktische Funktion hat. Interessanterweise sind die ersten Artikel vollkommen auf das Thema des Staates und der Nation zentriert, was die Bürger deutlich auf den zweiten Platz verweist. Neben dem Staat wird zu Beginn auch auf „das Volk“ verwiesen (Art. 5), aber allein unter dem Aspekt, dass dieses der Garant der Souveränität sei. Der Staat ist der vorrangige Akteur.

Die Verfassung ist in neun Sektionen unterteilt: I. Grundlegende Prinzipien; II: Der geographische Raum und die politische Gliederung; III: Über die Menschenrechte und Garantien, und über die Bürgerpflichten; IV: Über

die öffentliche Gewalt; VI: Über das sozioökonomische System; VII: Über die Sicherheit der Nation; VIII: Über den Schutz der Verfassung sowie IX: Über die Verfassungsreform. Diese Verfassung schwächt die institutionelle Kontrolle der Exekutive, da sie eine der beiden Kammern (nämlich den Senat), eliminiert, an dessen Stelle ein "Föderalrat" tritt, der jedoch nie einberufen wurde. Das produziert ein erhebliches Ungleichgewicht im Kongress, da das Einkammerparlament nach dem proportionalen Wahlrecht gewählt wird, was zu einer permanenten Unterrepräsentation der weniger bevölkerten Bundesstaaten führt. Zuvor wurde dies durch die zweite Kammer kompensiert, in der jeder Bundesstaat mit einer gleichen Anzahl von Mitgliedern vertreten war.

Die Figur des Präsidenten wurde insofern gestärkt, als seine Amtszeit nun sechs Jahre mit der Möglichkeit einer unmittelbaren Wiederwahl betrug. Zuvor war eine Wiederwahl erst nach einer Pause von zehn Jahren möglich. Außerdem kann der Präsident seinen Vizepräsidenten selbst bestimmen und ebenso absetzen. Auf diese Weise vermehrt sich die Zahl der Akteure auf der Seite der Exekutive, während sie sich auf der legislativen Seite verringert.

Eine weitere bedeutsame Änderung war die Einführung des Referendums, um gewählte Funktionsträger nach einer bestimmten Zeit aus dem Amt abwählen zu können (Art. 72). Alle öffentlichen Ämter unterliegen dieser Bestimmung, der Präsident eingeschlossen. Um ein solches Referendum in Gang zu setzen, muss mindestens die Hälfte der Amtszeit verstrichen sein und 20% der eingeschriebenen Wähler müssen die Petition unterstützen. Ebenso kann ein Referendum dazu benutzt werden, Gesetze zu annullieren oder Gesetzesvorschläge auf die parlamentarische Agenda zu setzen.

Die Verfassung von 1999 ist zudem der erste Verfassungstext, der sich ausdrücklich mit den Rechten der indigenen Bevölkerung befasst. Wenngleich Venezuela im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas über eine geringe indigene Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verfügt, so leben doch eine Reihe von Ethnien in diesem Land, die sich ihre kulturellen Traditionen relativ abgeschirmt vom Einfluss der westlichen Zivilisation bewahrt haben. Dies trifft insbesondere für ihre Sprachen zu. Die Verfassung widmet acht Artikel (119-126) speziell der Frage der Anerkennung der Rechte dieser Bevölkerung und der Achtung ihrer Traditionen.

Die Möglichkeiten der politischen Parteien werden ernsthaft beschnitten, ihre vermittelnde und erzieherische Rolle, die für jede repräsentative Demokratie unerlässlich ist, findet keine Erwähnung. Stattdessen erwähnt die Verfassung "Vereinigungen mit politischen Zielen" (Art. 67), und verbietet eine

öffentliche Finanzierung der Parteien. Zugleich etabliert sie keine legalen Möglichkeiten der Parteienfinanzierung.

6. Die “perfekte Verfassung” mit Verfallsdatum? Die Reform von 2007: Auf dem Weg zu einem bolivarischen Sozialismus.

Knapp sechs Jahre nach der Verabschiedung der bolivarischen Verfassung, die den Namen des Landes änderte und die Kompetenzen des Präsidenten deutlich stärkte (Reduzierung des Parlaments auf eine Kammer; Möglichkeit, per Dekret in jedem Politikfeld zu regieren, nicht nur in der Wirtschaftspolitik, wie dies in der Verfassung von 1961 einschränkend festgelegt war), legte Präsident Hugo Chávez im Parlament 33 von ihm selbst geänderte Verfassungsartikel zur Abstimmung vor, mit denen die Verfassung von 1999 reformiert werden sollte. In einem außerordentlich schnellen Verfahren, das kaum eine angemessene Beratung der vorgeschlagenen Änderungen ermöglichte, nahm die Nationalversammlung nicht nur die Änderungen an, sondern schlug zugleich noch weitere 36 Artikel zur Veränderung vor, womit insgesamt 69 Artikel betroffen waren.

Numerisch bedeutete dieses Reformprojekt, dass knapp 1/5 der Artikel der Verfassung geändert werden sollte. Qualitativ wurden jedoch eine völlige Transformation der Institutionen im Vergleich zur ursprünglichen Verfassung und eine komplette Änderung des Staatskonzeptes angestrebt. Anders als 1999 sollte es bei dieser tief greifenden Reform weder eine Verfassunggebende Versammlung noch eine kollektive Zustimmung zu jedem einzelnen Artikel geben. Über die Änderungen musste in ihrer Gesamtheit entschieden werden, wobei nur mit Ja oder Nein gestimmt werden konnte. Unter anderem sollten die folgenden Bestimmungen eine komplette Transformation des Verfassungsgedankens von 1999 hervorbringen:

- Änderung des Namens der Streitkräfte in “Bolivarische Streitkräfte” und Schaffung zweier neuer Teilstreitkräfte: der “Bolivarischen Territorialgarde“ und der – direkt dem Präsidenten unterstellten – “Volksmiliz” (Art. 329).
- Einführung des Konzepts des “inneren Feindes” als mögliches Angriffsziel der Streitkräfte (Art. 328).⁵

5 Von den verschiedenen exzentrischen Vorschlägen dieser Verfassungsänderung hätte diese die schlimmsten Konsequenzen gehabt. Das Konzept des inneren Feindes als Angriffsziel für die Streitkräfte hat finstere Vorbilder in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die jedwede Dissidenz mit diesem Etikett versahen.

- Autonomieverlust der Zentralbank; der Präsident entscheidet über die Höhe der Währungsreserven und über den Wechselkurs (Art. 318-321).
- Unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten; Verlängerung der Amtsperiode von sechs auf sieben Jahre (Art. 230).
- Veränderung des Konzepts des Privateigentums und der Einstellung des Staates diesem gegenüber. Anstatt wie früher das Privateigentum “zu schützen”, “erkennt der Staat verschiedene Arten von Eigentum an”. Fünf Arten von Eigentum werden genannt: öffentliches Eigentum, direktes gesellschaftliches Eigentum, indirektes gesellschaftliches Eigentum, kollektives Eigentum und gemischtes Eigentum (Art. 115).
- Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden (Art. 90).⁶
- Vollständiger Wandel der territorialen Gliederung des Landes. Der Präsident erhält die Vollmacht, regionale Amtsträger zu ernennen (Art. 11).⁷

Der Vorschlag wurde am 2. Dezember 2007 in einem Referendum zur Abstimmung gebracht, in dem er trotz einer gigantischen Medienkampagne der Regierung und massiver Druckausübung auf die Angestellten im öffentlichen Sektor abgelehnt wurde, wobei das genaue Abstimmungsergebnis bis heute nicht geklärt ist.⁸ Das öffentlich verkündete Ergebnis, das der Präsident in der Fernsehsprache zur Bekanntgabe seiner Niederlage akzeptierte, war 51% gegen und 49% für den Reformvorschlag.

Trotz dieser Niederlage und des ausdrücklichen Wunsches der Bevölkerung, sich vom sogenannten “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” zu distanzieren, wurden viele der Vorschläge der Verfassungsreform später sowohl vom Parlament als auch vom Präsidenten als reguläre Gesetze verabschiedet. Fälle wie z.B. die gesetzliche Etablierung der “Volksmilizen” und das “Ge-

6 Dies war der Punkt, den die offizielle Propaganda am meisten betonte, um die “Wohltaten” der Reformen hervorzuheben. Allerdings wurden nicht die wirtschaftlichen Konsequenzen erklärt, die ein solcher Schritt zum Beispiel für den privaten Sektor gehabt hätte: Dessen Ausgaben wären gestiegen, ohne dass er dafür andere Einkommensquellen erhalten hätte.

7 Dies hätte die Dezentalisierungsfortschritte seit der Wahlrechtsreform von 1988 zunichte gemacht. Außerdem wären etablierte Konzepte wie Bundesstaat, Distrikte und Gemeinden verschwunden, um durch andere, zweifelhafte Konstruktionen ersetzt zu werden wie “föderale Städte”, “föderale Gemeinden” etc. Dem Präsidenten wurde in diesem Artikel, ebenso wie in anderen, eine absolute Autorität verliehen, um militärische Regionen zu definieren, besondere Amtsträger zu ernennen etc.

8 Bei Fertigstellung dieses Beitrages (Februar 2010) hatte der venezolanische Wahlrat noch immer nicht die endgültigen Unterlagen veröffentlicht, in denen die Prozentzahl angegeben wird, mit der der Reformvorschlag abgelehnt wurde.

setz zum Föderalen Regierungsrat“, das direkt von der Exekutive ernannte Ämter über Wahlämter stellt, erwecken den Anschein, dass das Ergebnis des Referendums vonseiten der Regierung zur Verhöhnung des Volkes benutzt wurde.

7. Schlussbemerkungen

In Venezuela hat die Ölrente seit den 1940er Jahren dazu beigetragen, die Demokratie zu stabilisieren und zugleich auch einen sozialen Modernisierungsprozess in Gang zu setzen, der in einem verbesserten Gesundheits- und Bildungswesen, einer höheren Lebenserwartung und einem steigenden Wohlstand seinen Niederschlag fand. Zugleich aber bildeten sich die typischen Züge einer Rentiergesellschaft heraus, deren produktive Kapazitäten verkümmerten und die es sich angewöhnte, von der staatlichen Verteilung der Rente zu leben (ausführlich dazu siehe den Beitrag von Boeckh in diesem Band). Mit der Krise des Rentenmodells zerfiel auch der Elitenkonsens, auf dem die Verfassung von 1961 beruht hatte, was sich spätestens mit den beiden Putschversuchen im Jahr 1992 zeigte. Zugleich fanden die politischen Parteien keine Antwort auf die Krise des Rentenmodells und die Forderungen nach Beteiligung neuer gesellschaftlicher Gruppierungen.

Die Verfassung von 1999 gab vor, die Defizite bei der politischen Partizipation zu korrigieren, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hatten. Stattdessen schuf sie einen extremen Präsidentialismus, in dem die Exekutive über die absolute Vorherrschaft verfügt. Zusätzlich reduzierte sie die politischen Parteien in ihrer Bedeutung und Funktionsfähigkeit und hungerte sie ökonomisch aus. In der Praxis bedeutet dies, dass die Regierungspartei über alle Vorteile verfügt, um ihren Bedarf zu finanzieren, wohingegen andere „politische Akteure“ von der öffentlichen Finanzierung ausgeschlossen sind, unabhängig davon, wie stark sie in der Bevölkerung verankert sind. Es ist zu erwarten, dass die demokratischen Verhältnisse durch das inhärente Ungleichgewicht des Verfassungstextes und zusätzliche von der Regierung – dem eigentlichen Autor des Verfassungstextes – geschaffenen Ungleichheiten geschwächt werden. Dabei ist es erklärtes Ziel der Regierung, das herrschende Regime für mehrere Jahrzehnte zu perpetuieren.

Übersetzung aus dem Spanischen: Andreas Boeckh

Literaturverzeichnis

- Academia de Ciencias Políticas y Sociales (1994): *La Actualidad Constitucional Venezolana. Seri Eventos*. Caracas.
- Álvarez, Tulio A. (1998): *La Constituyente: todo lo que Usted necesita saber*. Caracas.
- Autores Varios (1999): *Cultura, Democracia y Constitución*. Monte Ávila Editores Latinoamericana y Consejo Nacional de la Cultura (Conac). Caracas.
- (2003): *El Derecho Constitucional y Público en Venezuela: Homenaje a Gustavo Planchart*. 2 Bde. Caracas.
- Brewer Carias, Allan-Randolph (1983a): *Sumario de la Constitución de 1961*. Caracas.
- (1983b): *La concepción de estado en la obra de Andrés Bello*. Madrid.
- (1985): *Las Constituciones de Venezuela*. San Cristóbal/Madrid.
- (1991): *La Constitución y sus Enmiendas*. Caracas.
- (1999): *Asamblea Constituyente Ordenamiento Constitucional*. Serie Estudios N° 53. Caracas.
- (⁴2004): *La Constitución de 1999*. 2 Bde. Caracas.
- Caballero, Manuel (1998a): *Crisis de la Venezuela Contemporánea (1903-1992)*. Caracas.
- (1998b): *La Revolución de octubre*. Caracas.
- Carrera Damas, Germán (1988): *La Necesaria Reforma Democrática del Estado*. Caracas.
- Casal Mont Brun, J. M. (1981): *La Constitución de 1961 y la Evolución Constitucional de Venezuela*. 2 Bde. Caracas.
- Combellas Lares, Ricardo (2001): *Derecho Constitucional: Una Introducción al Estudio de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- COPRE (Comisión para Reforma del Estado) (1991): *Constitución y Reforma. Un Proyecto de Estado Social y Democrático de Derecho*. Caracas.
- Ediciones CO-BO (2000): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Edición definitiva de la Gaceta Oficial Extraordinaria N° 5.453 del 24/03/2000. Caracas.
- Garay, Juan (2000): *La Nueva Constitución comentada con Índice Alfabético explicativo*. Caracas.
- Hernández, Ivo/Hurtado, Héctor (2010): “El populismo: una aproximación sencilla a un problema de las democracias de todos los tiempos”. In: *Cuaderno de Ciencias Sociales*, 156. Caracas.
- (2010): *El Populismo: una Revisión Actual*. San José (im Druck).
- Legis Ediciones (2006): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. *Gaceta Oficial* N° 36.860 del 30/12/1999 reimpresa por “errores materiales” del ente emisor en la Gaceta Oficial Extraordinaria N° 5.453 el 24/03/2000. Caracas.
- Linz, Juan (1996): “Perils of Presidentialism”. In: Diamond, Larry/Plattner, Marc (Hrsg.): *The Global Resurgence of Democracy*. Baltimore, S. 108-126.
- Linz, Juan/Valenzuela Arturo (1994): *The Failure of Presidential Democracy: Comparative Perspectives*, Vols. 1 und 2. Baltimore.
- Mago, Oscar (2000): *Guía Completa de la Nueva Constitución 1999 de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- Paz, Octavio (1979): *El Ogro Filantrópico*. Barcelona.

Pino Iturrieta, Elías (1988a): *La Revolución de octubre*. Caracas.

— (1988b): *Juan Vicente Gómez y su época*. Caracas.

— (2001): *País Archipiélago: Venezuela 1830-1858*. Caracas.

Rondón de Sansó, Hildegard (2002): *Análisis de la Constitución Venezolana de 1999. Parte Orgánica y Sistemas*. Caracas.

— (2004): *Cuatro Temas Álgidos de la Constitución Venezolana de 1999*. Caracas.